

**Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**

**Ölpreisbindung auf den Prüfstand stellen**

Kostengünstige Energie ist ein zentraler Standortfaktor in Deutschland. Gerade mittelständische Unternehmen und Privathaushalte sind mehr denn je auf bezahlbaren Strom, Benzin, Öl und Gas angewiesen. Überteuerte Energiepreise belasten die Kaufkraft, erhöhen Produktionskosten, gefährden Wettbewerbsfähigkeit, kosten Arbeitsplätze und beschleunigen die Abwanderung energieintensiver Branchen.

Trotz gleicher weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist fast nirgends in Europa Energie so teuer wie in Deutschland.

Die Preisentwicklung nach den Hurrikan-Katastrophen in Lateinamerika und in den USA macht deutlich, dass auf den Märkten für Öl und Gas mangelnder Wettbewerb herrscht und Transparenz fehlt.

Die Wettbewerbsbehörden und Netzregulierer sind daher gefordert, diese Marktmechanismen kritisch zu überprüfen. Die seit den 60er Jahren bestehende Koppelung des Gaspreises an den Ölpreis gehört auf den Prüfstand der Wettbewerbsbehörden. Der ursprüngliche Zweck dieser Preisbindung, Kunden vor großen Preisschwankungen beim Gas zu schützen und Gas konkurrenzfähig zum Öl zu machen, kehrt sich zurzeit ins Gegenteil. Die Koppelung entfaltet keine Bremswirkung mehr, sondern wirkt preistreibend beim Gas.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine Entkoppelung des Gaspreises vom Ölpreis einzusetzen.

Des Weiteren fordert die Bürgerschaft (Landtag) den Senat dazu auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die bisher üblichen Lieferverträge zwischen Ferngasunternehmen und Großabnehmern in den laufenden Verfahren einer strengen Prüfung durch das Bundeskartellamt unterzogen werden – gerade hinsichtlich der Preisgestaltung.

Darüber hinaus soll sich der Senat dafür einsetzen, dass eine strenge Missbrauchsaufsicht bundesgesetzlich abgesichert wird, damit Angebot und Nachfrage für günstige Kosten sorgen und Preistreiberei verhindert wird.

Frank Imhoff, Dieter Focke,  
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Karin Garling,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD